

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Preis: 20 Pf. pro Woche. Ein Jahrgang 1080 Pf. (12 Mark). Der Abnehmer zahlt die Steuern. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste angegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Wilsdruff, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 47. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff, Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 25. Februar 1927

Drohung nach Moskau.

Am Neujahrsempfang 1859 äußerte der damalige Kaiser der Franzosen, Napoleon III., zu dem österreichischen Gesandten, er bedauere, feststellen zu müssen, daß die Beziehungen Frankreichs zu Österreich nicht die besten seien; ein paar Monate später war der Krieg da, der die Österreicher die Lombardie kostete.

Ähnlich sagt eine Protestnote des englischen Außenministers Chamberlain, die jetzt dem russischen Geschäftsträger in London überreicht wurde: „Die zwischen der englischen Regierung und der Regierung von Sowjetrußland bestehenden Beziehungen sind weiterhin notorisch unbefriedigender Natur.“ Ein derartiges Vorgehen bedeutet ja nicht immer gleich wie 1859 eine Kriegsdrohung, kennzeichnet aber den Grad der Spannung, die zwischen London und Moskau besteht. Und dann folgt ein lautes Beschwörungsgebet über englandfeindliche Worte und Reden maßgebender Staatsmänner der Sowjetrepublik, angefangen beim Volkstommis für die auswärtigen Angelegenheiten, Tschichow, bis zum Vorkämpfer Karachan in Peking, der die Befreiungskämpfe Chinas gegen England pries. Dabei habe sich Moskau doch feierlich verpflichtet, weder Personen noch Körperschaften, Agenturen oder sonstige Einrichtungen zu unterstützen, deren Ziel es ist, in irgendeinem Teil des Britischen Reiches Unzufriedenheit zu verbreiten oder Aufstände anzufachen; die Bevollmächtigten und Beamten der Sowjets sollten angewiesen werden, sich danach zu richten. Aber, so lautet die englische Beschwörungsnote, — es hat sich niemand danach gerichtet! Die Sowjetrepublik sei eben in der „Läufung“ begriffen, England treibe in Polen und den lettischen Staaten, in Vorderasien und allüberall in der Welt eine gegen Moskau gerichtete Politik, sei die Seele aller gegen die Sowjetrepublik geschiedenen Komplotte, und das habe eine geradezu gefährliche Feindschaft der Sowjetbehörden erzeugt, die aber gänzlich grundlos sei.

Endlich kommt die Note auf die Hauptsache, auf den eigentlichen Grund zu ihrer Überreichung: das sind natürlich die Vorlesungen in China, wo Moskau die Angriffe der Kantonalarmee geradezu ermutigt und unterstützt. Das habe ja auch Karachan ganz offen zugegeben. Hier wird die Klappe auch dem Sad gelassen. Die schwere Bedrängnis, in der sich die englische Stellung in Schanghai befindet, rechtfertigt — vom englischen Standpunkt aus gesehen — denn auch diesen scharfen Protest. Keine Kontroverse mehr darüber; und Moskau solle nicht denken, daß England diese Umtriebe nicht kenne, wenn bisher dazu geschwiegen wurde. Die Note spricht von „beiderseitigen Beziehungen“ zwischen den beiden Ländern, erklärt, daß „es Grenzen gibt“, und droht schließlich — allerdings erst bei Fortsetzung dieser das Britische Reich unterwühlenden Politik der Sowjetrepublik! — mit der Aufhebung des englisch-russischen Handelsabkommens und eventuell auch der diplomatischen Beziehungen.

Zu dieser Note sagt eine Londoner Zeitung, die „Times“, es sei zuviel, wenn man erwarte, daß sie den gewünschten Eindruck hervorbringen werde. Sie ist eben zu einem für England diplomatisch sehr ungünstigen Augenblick herausgekommen. Der gleiche Ansicht ist man in Paris; denn — was soll geschehen? Die beiden englischen Drohungen, die geradezu ultimativ aussehen, werden von Moskau achselzuckend, aber sehr ruhig aufgenommen werden; denn die englische Stellung auf dem russischen Markt würde sofort durch Deutschland und Amerika ersetzt werden können; und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen — daraus werde sich die Sowjetregierung erst recht nichts machen. Gibt es doch auch jetzt nur einen Geschäftsträger Moskaus in London, jene Beziehungen sind bisher ziemlich lockerer Natur geblieben. Es fehlt also die Macht, die hinter den englischen Drohungen steht und erst Eindruck auf die Sowjetregierung machen könnte. Nach den Erfahrungen, die die englische Invasion nach Rußland hinein 1919 gemacht hat, würde man sich dem jetzt konföderierten Staat gegenüber vor einem kriegerischen Vorgehen doch wohl hüten. Gewiss, man hat sich in England sehr, sehr viel gefallen lassen von Moskau her; und die Sowjetregierung wird wohl mit einer Gegenseite aufwarten.

20% Mieterhöhung für 1927.

Se 10% am 1. April und 1. Oktober.

Das Reichskabinett hat folgenden amtlich veröffentlichten Beschluß gefaßt:

Durch das Gesetz über den Geldwertverhaltungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 war die gesetzliche Miete bis zum 31. März 1927 auf 100% der Friedensmiete begrenzt. Nach § 3 dieses Gesetzes ist die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates die Minderhöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. In Anwendung dieser Bestimmung hat das Reichskabinett in seiner Sitzung vom 23. Februar dem Entwurf einer Verordnung zugestimmt, wonach die gesetzliche Miete vom 1. April 1927 ab um 10% und vom 1. Oktober 1927 ab um weitere 10% erhöht wird. Die Verordnung tritt sofort dem Reichsstat zu.

Ernste Komplikationen in Mittelamerika.

Ein englischer Kreuzer nach Nicaragua

Große Überraschung in Amerika.

Der Amtliche Englische Konsul in Managua teilt mit: Die englische Regierung hat einen Kreuzer nach Nicaragua entsandt, der im Notfall den Schutz der britischen Staatsangehörigen übernehmen soll. Dieser Schritt erfolgte, weil der britische Geschäftsträger in Managua gemeldet hatte, daß die Vereinigten Staaten nach der Erklärung ihres Gesandten in Managua nicht in der Lage seien, die Sicherheit britischer Staatsangehöriger im Falle neuer Unruhen und Straßenkämpfe zu gewährleisten, und daß keine Marineoffiziere der Vereinigten Staaten nach Leon, Granada oder Matagalpa entsandt würden. Die englische Regierung hat Washington von ihrem Schritt in Kenntnis gesetzt und ihren Dank für den bisherigen Schutz der britischen Interessen ausgesprochen.

Der englische Schritt hat in Washington die allergrößte Überraschung hervorgerufen. Die amerikanische Regierung hatte mit derartigen englischen Schritten ganz augenscheinlich nicht gerechnet. Staatssekretär Kellogg erklärte, Amerika habe alles getan, um auch das englische Eigentum zu schützen. Washingtoner Kreise sprechen es offen aus, daß der Schritt Englands „allerernste Komplikation“ möglich mache.

Der amerikanische Admiral Latimer hat Kämpfe zwischen Liberalen und Konservativen innerhalb einer bestimmten Entfernung von den Ständen der amerikanischen Marineoffiziere untersagt.

Washington zur Entsendung des englischen Kreuzers.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

New York, 24. Februar. In der Antwortnote an die englische Regierung, die der amerikanischen Regierung von der Entsendung eines englischen Kriegsschiffes nach Nicaragua Mitteilung gemacht hatte, wird erklärt, daß Amerikas Macht völlig ausreichend sei zum Schutz des fremden Eigentums in Nicaragua. Das Staatsdepartement nimmt lediglich Kenntnis von der Entsendung des englischen Schiffes Colorado. In amtlichen Kreisen wird jedoch nachdrücklich unterstrichen, daß Amerika unter Verletzung auf die Monroe-Doktrin allerhöchstermaßen gegen englische Marineoperationen protestieren würde, da die amerikanischen Truppen in Stärke von 7000 Mann in Nicaragua durchaus genügen. Amerikas Haltung würde von der im Jahre 1913 in Veracruz eingewonnenen nicht abweichen.

Frankreichs Antwort auf das spanische Tagermemorandum.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 24. Februar. In der französischen Antwort auf das spanische Tagermemorandum, das heute der spanischen De-

legation überreicht worden ist, wird erklärt, daß die französische Regierung keinerlei Veranlassung habe, die für eine Veränderung der Verträge sowohl von Algéciras als auch von Tanger sprächen. Im übrigen sei das Tagerstatut von 1923 auch von England unterzeichnet worden, so daß eine grundsätzliche Veränderung nur durch eine allgemeine internationale Konferenz erfolgen könne, die einzuberufen aber zur Zeit keinerlei Grund vorliege. Die französische Regierung könne daher völligen Verdruss des Tagerstatutes nicht zustimmen, soweit sie sich, sei es auf die heutige Tagerzone oder auf einen Teil von ihr oder auf das Hinterland der Stadt oder auf den Hafen von Tanger, bezögen. Trotzdem sei die französische Regierung zu allen notwendigen Zugeständnissen bereit, soweit sie im Rahmen des Tagerstatutes durchführbar seien.

Der Generalfreist in Schanghai beendet.

Über 60 Hinrichtungen vollzogen.

Der Generalfreist in Schanghai ist beendet. Die internationalen Mächte nehmen indessen eine dauernde Verstärkung ihrer Land- und Seestreitkräfte vor. Unter anderem ist die amerikanische Flotte vor Schanghai wieder um vier Zerstörer vermehrt worden.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Schanghai meldet, daß die Chinesische Handelskammer, die Vereinigung der Bankiers und andere öffentliche Körperschaften in Schanghai öffentlich gegen das brutale Vorgehen des Kommandanten Ipaotischen protestiert haben. Dieser habe insgesamt über 60 Arbeiter und Studentenführer hingerichtet lassen, darunter einen geistlichen Kanoniker. Infolge der Entziehung der Bevölkerung sind die zur Schau gestellten abgeschlagenen Köpfe entfernt worden, auch die öffentlichen Hinrichtungen wurden eingestellt, es heißt jedoch, daß die Hinrichtungen hinter der Mauer des militärischen Hauptquartiers fortgesetzt würden.

Neuer Sieg der Kantontuppen.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 24. Februar. Die erste Phase der Schlacht um Schanghai hat mit einem Siege der Kantontuppen geendet, die Peking, 40 Meilen von Schanghai an der Eisenbahnlinie Schanghai-Henkau, eingenommen haben. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß bei Sunghiang eine entscheidende Schlacht im Gange ist. In Kiang soll gegenwärtig ein großer Kriegsrat der Kantoner Führer stattfinden.

Sunshuangfang ermordet?

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 24. Februar. Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur aus Kanton ist Sunshuangfang, der Verteidiger Schanghais, von zwei Studenten und einem Arbeiter ermordet worden.

Neue Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Zwei deutsche Arbeiter festgenommen.

Von der französischen Gendarmerie wurden zwei Arbeiter aus Germersheim in ihrer Wohnung verhaftet. Die beiden hatten am vergangenen Sonntag in der Wirtschaft „Zum Lamm“ an einem Vergnügen teilgenommen, auf dem es zu einer Rauferei mit einem Arbeiter und einem als gewalttätig bekannten Sergeanten eines französischen Infanterieregimentes gekommen war.

In der Verhaftung der beiden deutschen Gendarmereibefehlshaber von Linben und Steinfeld veröffentlichte Havas eine Nachricht aus Mainz, die aus autoritativer Quelle stammen soll. Danach sind die beiden Chefs der deutschen Gendarmerie wegen Vergehens gegen die Ordnanzen der Interalliierten Rheinlandkommission verhaftet worden. Sie hätten vor einiger Zeit ohne greifbaren Grund ein Mitglied der Befehlungsbehörden in Bivill, das im Besitze seines ordnungsmäßigen Passes war, festgenommen.

Reichspräsident Löbe schwer erkrankt.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 24. Februar. Die Operation des Reichspräsidenten Löbe, die heute nachmittags im Beisein seines Staatsgenossen Dr. Hofes von Geheimrat Borchardt zwischen 5 und 6 Uhr vorgenommen wurde, bestätigte die Diagnose der Ärzte in vollem Umfang. Es handelt sich einerseits um ältere Verwachsungen, andererseits um eine frische, aber sehr schwere Entzündung des Blinddarms mit eitrogen Befunden. Auch war schon eine kleine Durchbruchstelle vorhanden. Die Operation, die dreiviertel Stunden dauerte, nahm einen guten Verlauf. Das Befinden ist zufriedenstellend.

Die Sozialdemokraten gegen die Mieterhöhung.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 24. Februar. Die Sozialdemokraten haben im Reichstags eine Anträge eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die dem Reichsstat vorgelegte Mieterhöhungsverordnung zurückzugeben.